



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Energie und
Sauberkeit -

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 5. Dezember 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-21-0098

Mülltrennungspflicht für alle Wiesbadener Schulen
- gem. Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen vom 16.11.2017 -

Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Für je eine Schule jeder Schulform in Wiesbaden soll ein Modellprojekt zur Mülltrennung eingeführt werden. In jedem Klassenraum der jeweiligen Modellschulen soll zumindest ein Behälter für Papier- und Restmüll stehen, sowie ein Behälter für Verpackungsmüll.

Für Biomüll und -behälter sollten wegen möglicher Schimmelbildung besondere Absprachen mit dem Schulamt und der Schulleitung getroffen werden. Die Mülltrennung soll ab dem nächsten Schuljahr erprobt werden.

Beschluss Nr. 0157

Zu dem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen vom 16.11.2017 (das Jugendparlament ist dem Antrag beigetreten) wird Folgendes beschlossen:

Der Magistrat wird beauftragt:

Für mindestens eine Schule jeder Schulform in Wiesbaden soll ein Modellprojekt zur Mülltrennung eingeführt werden. Die Projektlaufzeit beträgt 2 Jahre. Nach einem Jahr Projektlaufzeit soll dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit berichtet werden.

Während der Laufzeit können jederzeit weitere Schulen dem Projekt beitreten.

Nachgewiesene Einsparungen kommen, nach einem bestimmten Schlüssel, den Schulen zugute.

In jedem Klassenraum der jeweiligen Modellschulen soll zumindest ein Behälter für Papier- und Restmüll stehen, sowie ein Behälter für Verpackungsmüll.

Für Biomüll und -behälter sollten wegen möglicher Schimmelbildung besondere Absprachen mit dem Schulamt und der Schulleitung getroffen werden. Die Mülltrennung soll ab dem nächsten Schuljahr erprobt werden.

(abschließende Beschlussfassung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit gemäß Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 467 vom 16.11.2017)

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
mit der Bitte um Kenntnisnahme Wiesbaden, .12.2017

2. Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung Maritzen
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .12.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .12.2017
- 16 -

1. Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme
2. Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung Gerich
Oberbürgermeister